

fadenscheinig ist die Position der China International United Petroleum & Chemicals Co (Unipecc) gegenüber der Aufforderung von Lehman, die ausstehenden 44 Mio.US\$ Schulden aus Handels-transaktionen zu zahlen. So habe es Lehman an der nötigen Sorgfalt im Geschäftsverkehr fehlen lassen, argumentiert die Unipecc.

Daß Lehman Brothers den Schritt vor Gericht unternommen haben, um ihr Recht durchzusetzen, ist mehr als erstaunlich. Bislang galt die Praxis, daß bestimmte Verluste als normal im China-Geschäft hingenommen wurden.

In einem anderen Fall versuchen Kreditgeber von der China International Trust & Investment Corp., Shanghai, bisher vergeblich, ausstehende Kredite in Höhe von 40 Mio.US\$ einzutreiben, die dem Unternehmen aus Verlusten an der Londener Metallbörse entstanden sind. Typisch für alle drei Fälle ist es, daß die chinesischen Unternehmen argumentieren, ihre Angestellten hätten die Vollmachten mit stillschweigendem Einverständnis der Gegenseite überschritten. Vor allem wurde auch klar, daß die chinesische Regierung nicht mehr automatisch für die Schulden ihrer Unternehmen haften will. Die aus vertraglichen Verpflichtungen resultierenden Konflikte zwischen in- und ausländischen Unternehmen ständen in keinem Zusammenhang zum Handeln der Regierung, erklärte Liu Zhiben vom chinesischen Außenwirtschaftsministerium. Vor diesem Hintergrund versuchen derzeit die Banken und Investmentgesellschaften herauszufinden, wer sich hinter den Kreditnehmern tatsächlich verbirgt. (AWSJ, 20.12.94)

Für Aufregung sorgte auch der Fall der Schnellimbibiskette McDonald, die in Beijing einen Vertrag mit der Beijinger Stadtregierung von ursprünglich 20 Jahren plötzlich gekündigt bekam. Um Platz für den Bau eines Einkaufs- und Bürozentrums zu schaffen, wurden die übrigen Häuser auf dem von McDonald besetzten Grundstück bereits abgerissen, bevor ein Kompromiß über einen neuen Standort erreicht worden war. Das Beispiel des Umgangs mit McDonald zeigt einen bedenklichen Mangel an Vertragstreue von Seiten des chinesischen Partners. (SZ, 1.12.94; SCMP, 31.12.94) -schü-

*(22)

Neubewertung des Länderrisikos für China?

Angeblich sollen sich eine Reihe weiterer Staatsunternehmen weigern, Kredite mit einem Volumen von rd. 600

Mio.US\$ an ausländische Banken aus Japan, Deutschland und Italien zurück-zuzahlen. (NZZ, 1.12.94; AWSJ, 5.12.94) Vor diesem Hintergrund über-denken einige Kreditrating-Institutio-nen, eine Neubewertung der Kredit-würdigkeit staatseigener Unternehmen vorzunehmen. Eine Verschlechterung der Einstufung der Kreditwürdigkeit würde nach Ansicht der Standard & Poor's Rating Group (Hongkong) ein-schneidende Folgen haben. Standard & Poor vergeben derzeit ein dreifaches BBB als Länderrisiko für China.

Standard & Poor zufolge sei die Häu-fung der Fälle besorgniserregend, in denen staatseigene Unternehmen oder Regierungsabteilungen Verträge gebro-chen hätten. Zwar wolle Standard & Poor noch nicht sofort eine schlechtere Bewertung vornehmen, doch müsse sich diese Entwicklung durchaus bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit be-achtet werden. (ASWJ, 15.12.94)

Über Moody's Investors Service Inc. wird berichtet, daß eine Neueinstufung der staatlichen Guangdong International Investment Corp. (GITIC) sowie der Guangdong Enterprise Holdings (Ltd.) möglich sein könnte. GITIC ist im Ei-gentum der Guangdonger Provinzregie-rung der kapitalhungrigen Provinz als Finanzarm. Bisher hat Moody's für die von GITIC emittierten Wertpapiere eine Bewertung von Baa-1 für ein Volumen von 300 Mio.US\$ vorgenommen. Diese Summe enthielt z.B. Schuldverschrei-bungen von 150 Mio.US\$ mit einem Zinssatz von 6,75% und einer Laufzeit bis zum Jahre 2003. Die niedrigste Be-wertung vergab Moody mit Baa-3 für Wertpapiere der Guangdong Enterpri-ses. Einer Stellungnahme von Moody zufolge soll über eine mögliche Neube-wertung innerhalb der nächsten zwei Monate entschieden werden. (AWSJ, 23./ 24.12.94) -schü-

Binnenwirtschaft

*(23)

Südwestliche Provinzen errichten "Ge-meinsamen Markt"

Die Provinzen Südwestchinas, Sichuan, Yunnan, Guizhou, Tibet und Guangxi haben Ende Dezember Maßnahmen zur Aufbau eines gemeinsamen Marktes be-schlossen. Diese Maßnahmen umfassen Ansätze zur gemeinschaftlichen Produk-

tion, Lieferung und Vermarktung von Produkten. Die fünf Provinzen erhalten das Privileg, zum einheitlichen Preis solche Güter und Materialien zu kaufen, die innerhalb ihrer Region produziert werden.

Bestehende Marktzutrittsbeschränkun-gen zwischen den Provinzen sollen auf-gehoben werden, und die Sonderzonen für Wirtschaft und Handel in den Kü-sten- und Grenzregionen sollen gleich-zeitig die Entwicklung der lokalen Märkte fördern. Vorgesehen ist die Ein-richtung von Entwicklungszonen für Wirtschaft und Grenzhandel in den Küstenstädten Beihai, Fangcheng, Pingxiang, Rili und Yadong. Für die Entwicklung eines gemeinsamen Mark-tes ist auch vorgesehen, daß die Unter-nehmen mit Außenhandelslizenzen in den Küstenregionen ihre wirtschaftli-chen Aktivitäten auf die Inlandsregio-nen ausdehnen.

In der Gesamtregion sollen einige spe-zielle Märkte [unklar, ob z.B. damit Warenterminmärkte etc. gemeint sind] entstehen. So z.B. ein Markt für Gum-mi und Zigaretten in Kunming (Haupt-stadt der Provinz Yunnan), ein Markt für Kohle und Aluminium in Guiyang (Hauptstadt von Guizhou), ein Markt für Elektronik und Maschinen in Si-chuan und ein Markt für Zucker und Gemüse in Guangxi. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 25.12.94, nach SWB, 30.12.94)

*(24)

Anteil des Privatsektors in Guangdong gestiegen

Ende letzten Jahres belief sich die Zahl der Selbständigen und privaten Unter-nehmen in der Provinz Guangdong auf 1,25 Mio., und die Beschäftigtenzahl betrug 2,83 Mio. Personen. Im Ver-gleich zum Beginn der Wirtschaftsre-formen hat damit ein beeindruckendes Wachstum stattgefunden. So umfaßte der private Sektor 1978 lediglich eine Anzahl von 150.000 Selbständigen und privaten Unternehmen, die 320.000 Ar-beitskräfte beschäftigten.

Im Einzelhandel beträgt der Anteil pri-vater Unternehmen am Umsatz 22%, und im letzten Jahr trugen diese Unter-nehmen mit 12% bzw. 4,39 Mrd. Yuan zu den Steuereinnahmen der Provinz bei. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 20.12.94, nach SWB, 4.1.95)

Wie in den letzten Jahren wird die Wachstumsrate der Provinz Guangdong auch 1994 mit einem geschätzten Wert

von 18% (BIP) deutlich über dem landesweiten Durchschnitt liegen. Der Anstieg der Industrieproduktion in den ersten elf Monaten in Höhe von 25,4% war für das gesamtwirtschaftliche Entwicklungstempo wieder ausschlaggebend. Die Anlageinvestitionen nahmen zwar um 38,4% zu, doch lag die Wachstumsrate damit um 42% niedriger als in der Vorjahresperiode. (XNA, 25.12.94) -schü-

*(25)

Boomtown Shanghai

In den letzten drei Jahren nach dem Besuch Deng Xiaopings in Shanghai, befindet sich die Stadt auf einem steilen Wachstumspfad. Mit Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 14,8% im Jahre 1992, von 14,9% im Jahre 1993 und von 14,4% in den ersten elf Monaten des Jahres 1994 lag das Entwicklungstempo noch um einige Prozentpunkte höher als die nationale BIP-Wachstumsrate der entsprechenden Jahre.

Mit einer Zunahme der Bereiche Banken, Außenhandel, Transport und Telekommunikation veränderte sich die Wirtschaftsstruktur im Laufe der Zeit der letzten Jahre zugunsten des Dienstleistungssektors. Von einem Anteil dieses Sektors in Höhe von 37,9% im Jahre 1993 stieg der Beitrag des Dienstleistungssektors in den ersten elf Monaten d.J. auf 39,5%. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 19.12.94, nach SWB, 20.12.94)

Die Bedeutung der Shanghaier Schlüsselindustrien hat auch in den letzten Jahren zugenommen. So trugen die Schlüsselindustrien, Kfz-Industrie, Telekommunikation, Eisen- und Stahlindustrie, Petrochemie, Kraftwerksausrüstungen und Haushaltsgeräte in den ersten drei Quartalen des Jahres 1994 mit 45,2% zum gesamten Handelsumsatz bei. Demgegenüber haben die traditionellen Industrien Shanghais wie die Textilindustrie einen starken Einbruch ihrer Gewinne hinnehmen müssen und machten sogar teilweise Verluste. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 19.12.94, nach SWB, 4.1.95)

Ein Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung hatten auch die überregionalen bzw. landesweiten Spezialmärkte, wie z.B. der Wertpapiermarkt und die Warenterminbörsen für Getreide, Metalle, Erdöl, und Speiseöl. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 19.12.94,

nach SWB, 20.12.94) Der Shanghaier Wertpapiermarkt umfaßt 251 Aktien, davon werden 169 als A-Aktien (für Inländer) und 33 als B-Aktien (für Ausländer) gehandelt. Zu den Wertpapieren zählen weiterhin 24 Staatsanleihen sowie verschiedene Schuldverschreibungen von Unternehmen und Finanzinstitutionen. Der Umsatz des Shanghaier Wertpapiermarktes war von Januar bis November 1994 um das 5,5fache größer als in den vorangegangenen drei Jahren. (XNA, 20.12.94)

Weiterhin stiegen die Auslandsinvestitionen in Shanghai in den letzten Jahren deutlich an. Allein in den ersten elf Monaten d.J. stieg das Volumen [der zugesagten] Auslandsinvestitionen um 40% gegenüber der Vergleichsperiode 1993 und belief sich auf 9,16 Mrd. US\$. Bis Ende des Jahres wird mit einem Volumen von über 10 Mrd. US\$ gerechnet. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 19.12.94, nach SWB, 20.12.94) Bis Ende November 1994 sollen 927 ausländische Unternehmen und Institutionen Zweigstellen oder Vertretungen in Shanghai eröffnet haben, so daß die Gesamtzahl der Auslandsunternehmen auf 3.229 stieg. Die meisten Investoren kamen aus Japan, den USA, Deutschland, Taiwan, Kanada und Großbritannien. Von der Gesamtzahl waren 2.688 Unternehmen in den Bereichen Handel, Finanzen, Transport, Tourismus, Luftfahrt und Rechtberatung vertreten. (XNA, 20.12.94)

Die Investitionen aus Taiwan sind nach 1990 stark gestiegen. Die Zahl der genehmigten Projekte mit Unternehmen aus Taiwan wird mit 1.522 und die [zugesagten] Investitionen mit 1,34 Mrd. US\$ bis Ende November 1994 angegeben. Realisiert wurden davon in diesem Jahr 526 Projekte mit einem Volumen von 424 Mio. US\$. (XNA, 24.12.94)

Für 1994 wird damit gerechnet, daß das Exportvolumen Shanghais auf 8,8 Mrd. US\$ ansteigen wird. Im Jahre 1993 beliefen sich die Exporte auf 7,3 Mrd. US\$ und in den ersten elf Monaten d.J. auf 8,2 Mrd. US\$, ein Anstieg um 23% gegenüber der Vergleichsperiode 1993. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 19.12.94, nach SWB, 20.12.94)

Um die Exporte weiter zu erhöhen, ist auch die flächenmäßige Ausweitung der Zollverschlußzone im Shanghaier Bezirk Waigaoqiao geplant. Die Zone soll von bisher 2 km² auf 5,5 km² vergrößert werden.

Eine Anzahl von 1.313 Unternehmen mit geplanten Investitionen in Höhe von 2,47 Mrd. US\$ erhielt eine Genehmigung zur Niederlassung in dieser Zone. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 19.12.94, nach SWB, 4.1.95)

Der Modernisierungsprozeß Shanghais wurde durch rd. 60 Infrastrukturprojekte beschleunigt. Hierzu zählten z.B. neue Straßen, Überführungen sowie Wasser-, Gas- und Telekommunikationseinrichtungen. Hiervon konnten u.a. 600.000 Haushalte profitieren, die an das Gasnetz angeschlossen wurden. Damit stieg die Anzahl dieser Haushalte in Shanghai auf 2,25 Mio. an. Durch den Ausbau der Kapazitäten des Elektrizitätsnetzes soll inzwischen der Bedarf für die Industrie und für die privaten Haushalte in ausreichender Form gedeckt werden können. (XNA, 24.12.94)

Allerdings hat sich die Shanghaier Bevölkerung hohen Inflationsraten gegenübergesehen. Vor allem die Preise für Nahrungsmittel stiegen in Shanghai, und Schätzungen zufolge soll dieser Preisanstieg mit 67% zur Inflationsrate Shanghais beigetragen haben. Die Nahrungsmittelpreise insgesamt erhöhten sich in Shanghai um 30,2% in diesem Jahr. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 30.12.94, nach SWB, 3.1.95) -schü-

*(26)

Auch 1994 Hochwachstum der ländlichen Betriebe

Die Bedingungen für die Entwicklung der Betriebe auf Gemeinde- und Stadtebene waren im Jahre 1994 aufgrund der Veränderung der Steuergesetzgebung, der Kapitalknappheit, hoher Preissteigerungen sowie Engpässe im Energie- und Transportsektor wesentlich schwieriger als in den Vorjahren. Trotzdem haben die ländlichen Betriebe nach ersten Meldungen auch 1994 ein bemerkenswertes Wachstum erreicht. So wird damit gerechnet, daß der Gesamtoutputwert der ländlichen Betriebe in diesem Jahr um 35% zunehmen wird und die ländlichen Industriebetriebe eine Wachstumsrate von 40% realisieren können. Weiterhin stehen die ländlichen Unternehmen mit einer Vermarktungsrate von 91% relativ gut dar, und sie werden ihre Steuerablieferungen in diesem Jahr um 30% auf 137,7 Mrd. Yuan erhöhen können. Die Gesamtzahl der Beschäftigten wird 1994 rd. 120 Mio.

ausmachen. Damit konnten 7,22 Mio. ländliche Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in die ländlichen Betriebe abwandern.

Die zunehmende Bedeutung der ländlichen Betriebe in der Gesamtwirtschaft wird auch darin deutlich, daß ihr Anteil von 47% im Jahre 1993 auf rd. 50% in diesem Jahr steigen wird. Berechnungen zufolge wird sich der Exportanteil der ländlichen Betriebe sogar auf rd. 50% erhöhen.

In den letzten Jahren wurden bei der Reform der Betriebe in den Gemeinden und Kleinstädten der ländlichen Gebiete vor allem folgende Fortschritte erzielt:

- Im Zuge der Unternehmensreform mit Definition von Eigentums- und Entscheidungsrechten wurden in den ländlichen Gebieten 130.000 genossenschaftliche Kapitalgesellschaften der Gemeinden und Kleinstädte eingerichtet und zehn Unternehmensgruppen mit landesweiter Bedeutung gegründet.

- Die exportorientierte Wirtschaft wirkte als Motor für die Entwicklung der Gemeinde- und Kleinstadtunternehmen. Schätzungen zufolge wird die ländliche Industrie ein Exportvolumen von 329 Mrd. Yuan erreichen, ein Anstieg um 35% gegenüber 1993. Das Recht zum Handel mit dem Ausland wurde 1994 insgesamt 64 Gemeinde- und Kleinstadtunternehmen eingeräumt.

- Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Provinzen hat sich vertieft. Provinzen an der Ostküste wie Shandong, Jiangsu und Zhejiang haben Pläne zum "Marsch in den Westen" aufgestellt und damit begonnen, sie umzusetzen. Die Provinzen Henan, die Innere Mongolei, Shaanxi und Heilongjiang sowie andere Provinzen, die in der Mitte bzw. in der Region Mitte-West liegen, haben bereits Projekte mit den östlichen Regionen begonnen. Mit dem Aufbau von Demonstrationszonen für die Zusammenarbeit zwischen ländlichen Betrieben in Ost- und Westchina wurde bereits begonnen. Nach ersten Angaben wird das Wachstum der Betriebe in den Regionen im Zentrum Chinas 26% höher als das Wachstum in den Ostprovinzen sein. (RMRB, 28.12.94, nach SWB, 31.12.94)

Mit einem Exportanteil von voraussichtlich 10 Mrd. US\$ bzw. 8% der landesweiten Exporte sind die ländli-

chen Betriebe in der Provinz Guangdong besonders erfolgreich. (XNA, 24.12.94) -schü-

*(27)

Erstes Arbeitsgesetz tritt zum 1. Januar 1995 in Kraft

Arbeitsminister Li Boyong forderte in einer Rede Mitte Dezember 1994 die Arbeitsbehörden aller Verwaltungsebenen dazu auf, für die Einhaltung der im Arbeitsgesetz festgelegten Vorschriften zu sorgen, die Einführung des Arbeitsvertragssystems zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, daß schwerwiegende Verletzungen der Interessen und Rechte der Arbeiter merkbar eingeschränkt werden könnten.

Li Boyong wies auf eine Untersuchung über die Mißachtung von Beschäftigungsstandards hinsichtlich staatlicher Arbeitszeitsbestimmungen, Entlohnung und Arbeitsschutz hin. Li Boyong zufolge hätte sich die Zahl der Arbeitsstreitigkeiten kontinuierlich in den letzten Jahren erhöht. Das zum 1. Januar 1995 in Kraft tretende Arbeitsgesetz soll diese Situation verbessern. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, 17.12.94, nach SWB, 29.12.94)

Auch im chinesischen Fernsehen und im Radio wurde auf die Einführung des Arbeitsgesetzes zum 1. Januar hingewiesen. Der stellvertretende Ministerpräsident Zou Jiahua erklärte, daß das Arbeitsgesetz nicht nur im Interesse der Arbeiter sei, sondern zur sozialen Stabilität und Entwicklung beitrage. Im Arbeitsgesetz seien die Aspekte Beschäftigung, soziale Sicherung und Arbeitsplatzsicherheit abgedeckt. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 16.12.94, nach SWB, 20.12.94)

Die Gesetzesvorlage war im Juli vor dem Hintergrund zahlreicher Berichte über die Mißachtung grundlegender Rechte der Arbeiter und einer Reihe schwerer Arbeitsunfälle in Unternehmen mit Auslandskapital, vor allem in den Provinzen Guangdong und Fujian, verabschiedet worden.

Wie weitreichend die Verstöße waren, deckte eine halbjährige Untersuchung des Arbeitsministeriums in nicht-staatlichen Unternehmen auf. Nach Angaben der *Zhongguo Gongshan Ribao*, die sich auf diese Untersuchung bezieht, soll sich die Höhe der zurückbehaltenen Löhne und die Differenz zum nicht gezahlten Mindestlohn auf insgesamt 335

Mio. Yuan in den Provinzen Guangdong und Fujian belaufen. Hiervon sollen mehr als 500.000 Arbeitskräfte betroffen worden sein. Die meisten Verstöße, die in rd. 10.000 Unternehmen aufgedeckt wurden, bezogen sich auf die Arbeitszeit, die in einigen Fabriken sogar wöchentlich 91 Stunden betragen habe. In mehr als der Hälfte der nicht-staatlichen Unternehmen in der Provinz Guangdong seien die Arbeitskräfte ohne Arbeitsvertrag beschäftigt worden, und viele Arbeitsverträge hätten lediglich die Anforderungen an die Beschäftigten und nicht an die Unternehmen umfaßt. In einer Reihe von Fabriken wären die Sicherheitsvorkehrungen und die hygienischen Bedingungen außerdem katastrophal gewesen.

Das ab 1. Januar 1995 gültige Arbeitsgesetz umfaßt folgende Kapitel:

- Kapitel 1: Allgemeine Bestimmungen
- Kapitel 2: Förderung der Beschäftigung
- Kapitel 3: Arbeitsverträge und Kollektivverträge
- Kapitel 4: Arbeitszeit, Urlaub
- Kapitel 5: Entlohnung
- Kapitel 6: Sicherheit am Arbeitsplatz und sanitäre Einrichtungen
- Kapitel 7: Besonderer Schutz weiblicher Arbeitskräfte und jungen Arbeitskräften (16-18)
- Kapitel 8: Ausbildung
- Kapitel 9: Sozialversicherung und soziale Belange
- Kapitel 10: Arbeitsstreitigkeiten
- Kapitel 11: Überwachung und Kontrolle
- Kapitel 12: Gesetzliche Verpflichtungen
- Kapitel 13: Zusatzbestimmungen

Im Arbeitsgesetz ist unter Kap.1, Art.3 zwar das Recht der Arbeiter auf Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten festgeschrieben, jedoch nicht explizit ein Streikrecht. Unter Kap.3, Art. 19 werden die Inhalte des in schriftlicher Form zu verfassenden Arbeitsvertrages aufgeführt. Hierzu zählen:

- Dauer des Arbeitsvertrages,
- Arbeitsinhalt,

- Arbeitsschutz und -bedingungen,
- Entlohnung,
- Arbeitsverhalten,
- Bedingungen für Beendigung des Arbeitsvertrages und
- Verpflichtungen bei Verstößen gegen den Arbeitsvertrag.

In Art. 26 werden die Bedingungen aufgeführt, unter denen eine Arbeitskraft nach einer schriftlichen Kündigung 30 Tage später entlassen werden kann:

- Wenn die Arbeitskraft nicht in der Lage ist, die ihr ursprünglich zugewiesene Arbeit auszuführen oder die Arbeit nicht durchführen kann, die ihr nach Beendigung der medizinischen Behandlung einer Krankheit, die nicht im Zusammenhang mit der Beschäftigung steht, zugewiesen wurde.
- Wenn die Arbeitskraft nach Ausbildung oder nach Zuweisung eines neuen Arbeitsplatzes nicht die zugewiesene Aufgabe erfüllen kann.
- Wenn die Umsetzung eines geschlossenen Arbeitsvertrages aufgrund von drastischen Veränderungen objektiver Bedingungen, auf denen der Arbeitsvertrag basiert, nicht möglich ist und wenn beide Vertragsparteien nicht in der Lage sind, ein Übereinkommen über die Veränderung des Vertrages zu erreichen.

Von besonderer Bedeutung mit Blick auf die Probleme der staatseigenen Unternehmen erscheint auch der Art. 27 des Gesetzes. Hiernach soll ein Unternehmen, das dem Konkurs nahe ist oder sich schwierigen Problemen gegenüber sieht und deshalb Arbeitskräfte entlassen will, dies den Gewerkschaften und der Belegschaft drei Monate im voraus bekanntgeben. Das Unternehmen kann die Entlassung durchführen, wenn die Gewerkschaften und Beschäftigten um ihre Meinung gebeten worden sind und der zuständigen Arbeitsbehörde ein Bericht vorgelegt wurde.

Im Arbeitsvertrag sind u.a. folgende Bestimmungen zur Arbeitszeit und Urlaubsregelung enthalten:

- Die Arbeitswoche darf durchschnittlich nicht mehr als 44 Stunden umfassen. (Art. 36)
- Der Arbeitskraft wird ein freier Tag pro Woche gewährt. (Art. 38)
- Die Arbeitskräfte sollen an folgenden Tagen Urlaub haben:

- Neujahr
- Frühlingsfest
- Tag der Arbeit
- Nationalfeiertag
- Andere gesetzlich festgelegte Feiertage

Im Art. 45 ist außerdem der Hinweis enthalten, daß der Staat ein System des bezahlten Urlaubs einführen wird. Dies betrifft Arbeitskräfte, die länger als ein Jahr beschäftigt sind.

Weiterhin legt der Art. 48 fest, daß ein garantierter Mindestlohn eingeführt wird. Die speziellen Standards hierfür können von den Provinz- und Stadtregerungen bestimmt und müssen dem Staatsrat berichtet werden. Als Einflußfaktoren für die Festlegung des Mindestlohns nennt der Art. 48:

- Durchschnittliche Lebenshaltungskosten der Arbeiter und der abhängigen Familienmitglieder,
- das durchschnittliche Lohnniveau,
- die Arbeitsproduktivität,
- die Beschäftigungssituation und
- die Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau zwischen den Regionen.

(Labour Law of the PRC, in Xinhua News Agency Domestic Service, Beijing, 5.7.94, nach SWB FE/D2055/CNS 230794 sowie Labour Law of the People's Republic of China, in CEN, 29.8.1994) -schü-

* (28)

Verschärfung der Beschäftigungsprobleme für 1995 erwartet

Eine Verschärfung des Beschäftigungsdrucks erwartet der Arbeitsminister Li Boyong für das Jahr 1995. Die Hintergründe sieht Li insbesondere darin, daß die staatseigenen Unternehmen als wichtigste Arbeitgeber (in den Städten) kaum noch Arbeitskräfte nachfragen könnten. Obwohl der nicht-staatliche Sektor hohe Wachstumsraten aufweisen würde, könnte dieser jedoch auch nur eine sehr beschränkte Anzahl von Arbeitskräften aufnehmen. Li rechnet nicht, daß die Anzahl der neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Personen (ca. 10 Mio.) in diesem Jahr zurückgehen wird. Bei Umsetzung des Konkursrechtes erwartet Li, daß sich die Probleme bei Beschaffung neuer Arbeitsplätze für die überschüssigen 10 Mio. Arbeitskräfte der staatseigenen Unternehmen verstärken werden.

Für 1995 sollen Li zufolge alle Anstrengungen gemacht werden, um die Arbeitslosigkeit auf ca. 3% zu beschränken.

Als weiteren negativen Einflußfaktor für das kommende Jahr benennt Li die instabilen Beziehungen zwischen den Arbeitskräften und den Unternehmen. So seien beispielsweise eine Reihe von Unternehmen aufgrund von wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Rückstand bei der Lohnzahlung, Rentner mancher Unternehmen erhielten nicht fristgerecht ihre Pensionszahlungen und private sowie mit Auslandskapital gegründete Unternehmen würden die Interessen und Rechte der Arbeiter mißachten.

Außerdem beklagt Li, daß es keine wirkungsvolle Maßnahmen zur Kontrolle der Lohnentwicklung gebe und daß viele Unternehmen durch ihre Lohnerhöhungen zur Inflation beigetragen hätten. Darüber hinaus stagniere die Reform des sozialen Sicherungssystem, und die Sozialversicherung decke nur die Risiken für eine kleine Gruppe der Beschäftigten ab. Weiterhin sei das Management der Sozialversicherung unzureichend, es gäbe Schwierigkeiten bei der Eintreibung der Prämien und die Verschwendung von Mitteln sei ein weit verbreitetes Problem. Letzlich gäbe es auch einen großen Unterschied zwischen den Unternehmen und Institutionen hinsichtlich ihrer Pensionspolitik. (China Central Television, Beijing, in Standard Chinese, 11.12.94, nach SWB, 20.12.94)

Der Arbeitsminister wies auch auf neue Bestimmungen für ländliche Wanderarbeiter hin. Diesen Bestimmungen gemäß, die ab dem 25.12.94 gültig sind, müssen ländliche Arbeitskräfte eine vorherige Arbeitsgenehmigung einholen, bevor sie legal in den Städten arbeiten dürfen. Durch die Ausgabe von Arbeitserlaubnissen für ländliche Arbeitskräfte in den Städten sollen die Ströme der mit 25 Mio. angegebenen ländlichen Wanderarbeiter besser kontrolliert werden.

Die "Provisional Regulations for Control over Rural Labourers Moving to Other Provinces for Employment" des Arbeitsministeriums verlangen von den ländlichen Arbeitskräften, daß sie unter Vorlage ihrer Ausweise bei den Arbeitsämtern an ihrem Wohnsitz eine Registrierung als Wanderarbeiter beantragen. Zusätzlich benötigen die registrierten Wanderarbeiter dann noch die Erlaubnis des Arbeitsamtes am Ort, an

dem sie arbeiten wollen. Ein ähnliches Verfahren gilt für die Unternehmen, die ländliche Arbeitskräfte einstellen sollen. (Zhongguo Tonxun She News Agency, Hong Kong, in Chinese, 25.12.94, nach SWB, 31.12.94) -schü-

Taiwan

*(29)

Kabinettsumbildung

Am 15. Dezember fand in Taiwan eine Kabinettsumbildung statt. Der Generalsekretär des Präsidialamts, Jiang Yanshi (Tsiang Yien-si, 79), trat von seinem Amt zurück, zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Innenminister Wu Boxiong (Wu Poh-hsiung) ernannt. Dies löste weitere Personalfluktuationen aus: Huang Kunhui (Huang Kun-huei), bis dahin Vorsitzender des Komitees für die Angelegenheiten des (chinesischen) Festlands, übernahm das Amt des Innenministers; Xiao Wanchang (Vincent C. Siew), vorher Vorsitzender des Komitees für wirtschaftliche Planung und Entwicklung, folgte auf den Vorsitz des Komitees für die Angelegenheiten des Festlands. Den durch Xiao freigewordenen Posten übernahm Vizeministerpräsident Xu Lide (Hsu Li-teh) in Personalunion. Jiang Zhongling (Chiang Chung-ling) löste Sun Zhen (Sun Chen) als Verteidigungsminister ab, der zum Minister ohne Geschäftsbereich wurde.

Weitere Umbesetzungen: Vorsitzender des Komitees für die Angelegenheiten der Mongolei und Tibets: Li Hougao (Lee Hou-kaio, vorher Generalsekretär des Exekutiv Yuan); Vorsitzender des Komitees für die Angelegenheiten von Arbeitern: Xie Shenshan (Shieh Shenshan, vorher stellvertretender Generalsekretär der KMT); Vorsitzender des Komitees zur beruflichen Unterstützung von Veteranen: Yang Tingyun (Yang T'ing-yun, vorher Direktor der Politabteilung des Verteidigungsministeriums); Vorsitzender des Komitees für Forschung, Entwicklung und Auswertung: Wang Renhong (Wan Jen-hung); Vorsitzende des Komitees für kulturelle Planung und Entwicklung: Zheng Shumin (Cheng Shu-min); Generalsekretär des Exekutiv Yuan: Zhao Shoubo (Chao Shou-po, vorher Vorsitzender des Komitees für die Angelegenheiten von Arbeitern).

Die Kabinettsumbildung erfolgte kurz nach den Wahlen auf Provinzebene (siehe dazu die entsprechende Übersicht in diesem Heft). Die Beförderung Wu Boxions zum Generalsekretär des Präsidialamts ist als Belohnung von Staatspräsident und Vorsitzenden der Regierungspartei KMT, Li Denghui (Lee Teng-hui), dafür zu sehen, daß Wu - ein Politiker von großer Popularität in der Bevölkerung - nicht gegen Lis Protégé Song Chuyu (James C.Y. Soong) in den Gouverneurswahlen der Provinz Taiwan kandidiert hatte. Außerdem, so wird spekuliert, wolle Li, der sehr wahrscheinlich bei den ersten direkten Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1996 weiter kandidieren wird, Wu als Wahlmanager an seiner Seite haben. Die Auswechslung von Huang Kunhui durch Xiao Wanchang als Vorsitzender des Komitees für die Angelegenheiten des Festlands kennzeichnet eine neue Nuance in Taipeis Chinapolitik. Unter Huangs Führung hatte das Komitee bislang die halbamtlichen Verhandlungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße eher gebremst als gefördert. Xiao dagegen hatte, als er noch Wirtschaftsminister (1990-1993) und zuletzt Vorsitzender des Komitees für wirtschaftliche Planung und Entwicklung war, für eine Verstärkung der "chinesisch-chinesischen" Wirtschaftsverbindungen plädiert. Mit Jiang Zhongling, der Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte (1981-1988) und exekutiver stellvertretender Generalstabschef (1988-89) war, ist das Amt des Verteidigungsministers wieder in der Hand eines Militärs - seine Vorgänger Sun Zhen und Chen Lian (Ch'en Li-an) waren Zivile.

Ansonsten wird in der Kabinettsumbildung keine besondere politische Bedeutung gesehen. Die neuen Minister sind zumeist auch alte Gesichter. (ZYRB, 14.-18.12.94; LHB, 14.-17.12.94; ZZ, 23.12.94; CP, 14.-17.12.94) -ni-

*(30)

Erstmals Wahlen der Regierungschefs auf Provinzebene

Am 3. Dezember fanden Provinzwahlen in Taiwan statt. Früher beschränkten sich die Wahlen auf dieser Ebene nur auf die Zusammensetzung der Volksvertretungsorgane, die Regierungschefs wurden von der Zentralregierung ernannt. Bei den jüngsten Wahlen wurden zum erstenmal auch diese gewählt. Es handelt sich dabei um die Ämter des Gouverneurs der Provinz Taiwan und

der Bürgermeister der zwei provinzfremen Städte Taipei und Kaohsiung (Gao-xiong). Die Provinz Taiwan umfaßt 98% der Inselfläche und beherbergt 80% der 21 Millionen zählenden Bevölkerung, die Hauptstadt Taipei hat 2,65 Mio. Einwohner und die Hafenstadt Kaohsiung 1,41 Mio. Am Wahltag gingen 76,83% der Wahlberechtigten zur Urne. Besonders hoch war die Wahlbeteiligung in Kaohsiung mit über 80%, im Vergleich zu Taipei mit über 78% und der Provinz Taiwan mit über 76%.

Bei den Wahlen der Provinz Taiwan wurde zum neuen Gouverneur der bisherige Amtsinhaber und der Regierungspartei KMT (Kuomintang) Angehörige Song Chuyu (James Soong, 52) mit 56,22% der abgegebenen Stimmen gewählt. Sein Hauptgegenkandidat von der oppositionellen DPP (Democratic Progressive Party), Chen Dingnan (Ch'en Ting-nan), erhielt 38,72% der Stimmen und ein anderer Oppositionskandidat der NP (New Party), Zhu Gaozheng (Ju Gau-jeng), nur 4,31%. Von den 79 Sitzen im neuen Provinzparlament entfielen 48 (-8) auf die KMT, 23 (+7) auf die DPP, 2 auf die NP und 6 auf die Unabhängigen.

Ein ähnliches Ergebnis gab es auch in der Stadt Kaohsiung. Mit 54,46% der abgegebenen Stimmen wurde der KMT-Kandidat und amtierende Bürgermeister Wu Dunyi (Wu Den-yih, 47) in seinem Amt bestätigt. Der DPP-Kandidat Zhang Junxiong (Chang Chunhsung) unterlag mit 39,29% und der NP-Kandidat Tang Agen (T'ang A-ken) erhielt lediglich 3,45% der abgegebenen Stimmen. Im neuen Stadtparlament hat die KMT mit 23 (-6) der insgesamt 44 Sitze nur noch eine knappe Mehrheit von einer Stimme. Die Sitze für die DPP sind von 8 auf 11 gestiegen, die übrigen gingen an die NP (2) und die Unabhängigen (8).

In der Hauptstadt Taipei mußte die Regierungspartei jedoch eine niederschmetternde Niederlage hinnehmen. Sie verlor sowohl das Amt des Bürgermeisters als auch die Mehrheit im Stadtparlament. Zum neuen Bürgermeister wurde der Kandidat der größten Oppositionspartei DPP, Chen Shuibian (Ch'en Shui-bian, 43), mit 43,67% der abgegebenen Stimmen gewählt. Auch der andere oppositionelle Kandidat der NP, Zhao Shaokang (Jaw Shau-kong), konnte 30,17% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Der bisherige KMT-Bürgermeister Huang Dazhou